

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Statement von Gunda Röstel, stellv. Ratsvorsitzende, auf dem 2. Dialogforum am 4. Juli 2024 zum Entwurf für eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (Entwurf des BMUV vom 17. Juni 2024)

Aus Sicht des RNE ist zu begrüßen, dass nun **ein Entwurf der Strategie, fast 2,5 Jahre nach dem entsprechenden Auftrag im Koalitionsvertrag**, vorliegt. Der RNE hatte im Jahr 2021 und dann mit der aktualisierten Stellungnahme vom 15. Mai 2023 „[Zirkuläres Wirtschaften: maßgebliche Voraussetzung für eine nachhaltige Transformation](#)“ Impulse für die Diskussion gegeben, die im vorliegenden Entwurf zu großen Teilen aufgegriffen wurden.

Eine **Verabschiedung der Strategie bis Ende 2024** ist aus mindestens zwei Gründen von immenser Bedeutung. Erstens stellt eine parallele Steuerung zwischen Klimatransformation, Biodiversitätsschutz und einem nachhaltigen Umgang mit den begrenzten planetaren Ressourcen eine Voraussetzung für den Erfolg in allen drei, sich wechselseitig bedingenden, Bereichen dar. Zweitens ist für den Nachhaltigkeitsrat eine derartige Strategie heute notwendiger als jemals zuvor, da das **Thema Ressourcensicherheit** nach dem russ. Angriffskrieg gegen die Ukraine, erheblichen weiteren geopolitischen Spannungsfeldern und nicht zuletzt auch nach den Lieferkettenproblemen, die sich in Folge der Pandemie gezeigt haben, nochmals deutlich wichtiger geworden ist.

Die Nutzung der bereits in Deutschland und der EU befindlichen Ressourcen im Sinne des zirkulären Wirtschaftens und von mehr Ressourceneffizienz verringert Abhängigkeiten, auch und gerade von China. Hinzu kommen die immensen Bedarfe an Rohstoffen und Materialien, die für die Transformation zur Klimaneutralität benötigt werden. Auch hier kommt neben der Diversifizierung im Bezug und dem Ringen um Effizienz dem zirkulären Wirtschaften eine hohe Bedeutung zu.

Aus Sicht des RNE wäre dabei die Bezeichnung „**Strategie für zirkuläres Wirtschaften**“ vorzugswürdig, da wir mehr brauchen mehr als nur eine optimierte Abfallwirtschaft (s. dem Kreislaufwirtschaftsbegriff im KWG und auch NKWS-Entwurf, S. 122, Endnote 1).

Wichtig erscheint dem RNE zudem ein klarer **langfristiger Regulierungsrahmen**, um Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen. Herausforderungen hierbei sind: die notwendigen sektorspezifischen Technologien und Prozesse (bei Klimatransformation Grundsystem Energiegewinnung, -transport und -speicherung), die Finanzierung der Umstellung auf ein zirkuläres Wirtschaften (vielfach noch keine belastbaren Grundlagen aus Forschung/Innovation vorhanden sowie ebenso bisher erste wenige finanzierungsfähige Business Cases), globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und sozial ausgewogene Kostenbelastung für die Bürger*innen.

Die NKWS kann dabei aus Sicht des RNE eine gute Grundlage sein und **Mehrgewinnstrategien für Klima- und Ressourcenschutz** ermöglichen. Der Nachhaltigkeitsrat sieht dabei ein großes Potenzial für **Innovationen, neue Geschäftsmodelle** und **neue Märkte**, in der EU und global.

Der RNE begrüßt die „**Vision für zirkuläres Wirtschaften**“, die eine gute Orientierung für die Gesamtstrategie gibt (NKWS-E, S. 5/6).

Auch die **Zielstellungen** Senkung Primärrohstoffverbrauch, Schließung Stoffkreisläufe, Erhöhung Rohstoffversorgungssicherheit und -souveränität sowie Vermeidung Abfälle werden unterstützt und sollten **um das Ziel Verminderung / Vermeidung von Schadstoffeinträgen ergänzt werden** (auch hier beginnt es beim Design: das Ziel ist deutlich weiter zu fassen, als dies im Kapitel 3.7. zirkuläre Bioökonomie/biogene Rohstoffe angelegt ist, bspw. für die biogene Pharmaproduktion)

Wichtig ist aus Sicht des RNE das **Ziel der absoluten Senkung des Primärrohstoffverbrauches: Das 8 Tonnen-Ziel pro Kopf und Jahr für 2045 wird generell unterstützt, es ist gut wissenschaftlich hergeleitet** (NKWS-E S. 15f.). Es erscheinen ergänzend **Zwischenziele notwendig, um die Zielerreichung strategisch zu steuern** (für 2030, 2035 und 2040).

Unterstützt wird auch das Ziel, die **Zirkularitätsrate** bzw. die **Einsatzquote von Sekundärrohstoffen** entsprechend den EU-Zielen bis 2030 auf ca. 25 % zu verdoppeln. Dazu sind aber neue Maßnahmen in wichtigen Stoffströmen notwendig, da bisher die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Sekundärrohstoffen häufig nicht attraktiv sind: **ökonomische Anreize** durch Internalisierung von externen Kosten bzw. **Rezyklatquoten für weitere Stoffe auf EU-Ebene** (wie jetzt schon z.B. für Batterien-Rohstoffe) sind erforderlich.

Ziele zur **Verringerung der Abhängigkeit bei strategischen und kritischen Rohstoffen** sind aus Sicht des RNE richtig (zu dem Thema Rohstoffe für die Energiewende ist eine gesonderte Stellungnahme des RNE im Herbst 2024 geplant). Eine **Kohärenz zu anderen Strategien, u.a. zur Rohstoffstrategie und zur Nationaler Sicherheitsstrategie**, ist zwingend.

Der RNE tritt dafür ein, das Ziel der Förderung der Zirkularität systematisch als **Kriterium in Förderprogramme** aufzunehmen (wie beim Klimaschutz teilweise schon geschehen).

Aus Sicht des RNE sind **Reallabore und die Start-Up-Förderung** im Bereich der Zirkularität wichtig, Wagniskapital bzw. Bürgschaften können zielführende Instrumente sein.

Die **Digitalisierung** sieht der RNE als Enabler: Explizit unterstützt er die breite Anwendung des Instruments **Digitaler Produktpass**. Der RNE weist aber darauf hin, dass eine digitale Infrastruktur auch viele Ressourcen verbraucht. **Daher sind Ressourcen- und Energieeffizienz der digitalen Infrastruktur wichtig.**

Zudem ist eine hohe **Transparenz für Verbraucher*innen** bedeutsam, um diesen eine nachhaltige Konsumentenscheidung leichter zu machen.

Der RNE könnte sich vorstellen, das Potenzial für eine **Steigerung der Ressourcen-Transparenz durch eine verbesserte Nachhaltigkeitsberichterstattung** (CSRD/ ESRS) in der NKWS

darzustellen. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) des RNE kann hier vor allem für KMU den Aufwand senken (s. schon NKWS-E, S. 32).

Die Einführung europaweiter **Produktstandards** im Rahmen der **Ecodesign for Sustainable Products Regulation** wird vom RNE unterstützt.

Der Nachhaltigkeitsrat tritt zudem für mehr europaweite oder idealerweise globale **Standards** ein, u.a. für Mehrwegsysteme, aber v.a. für die Verwendung von **Sekundärrohstoffen** ein. Bei der verstärkten Nutzung von Sekundärrohstoffen besteht systematisch ein **Zielkonflikt zwischen Zirkularität und Schadstofffreiheit**. Aus Sicht des RNE ist eine möglichst weitgehende **Schadstofffreiheit durch Ausschleusung von Schadstoffen bei der Demontage und bei der Aufbereitung** anzustreben (insbes. bei Baustoffen). Es darf jedoch keine strengeren Regeln für Sekundärrohstoffe als für Primärrohstoffe geben.

Der RNE begrüßt, dass das Thema **Zirkularität auch im Vergaberecht** verankert werden soll, im Rahmen des Vergabetransformationspakets des Bundes und einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift (AVV) Umwelt. Der Bund sollte hierzu aber auch mit den Ländern und den Kommunen in den Austausch treten, da bei denen das Beschaffungsvolumen deutlich höher ist als beim Bund. **Unterschiedliche Nachhaltigkeitsstandards bei der Vergabe in Bund, Ländern und Kommunen machen die Berücksichtigung von Nachhaltigkeits- und Zirkularitätsaspekten für die Verwaltung und die Wirtschaft schwierig und aufwändig.**

Für den quantitativ wichtigsten **Stoffstrom Baustoffe und Gebäude** sollte zukünftig ein grundsätzlicher **Vorrang für Bestandserhalt, Sanierung und Umbau** gelten. Wichtig ist auch eine verbesserte Datenbasis für neue und Bestandsgebäude.

Es erscheint begrüßenswert, wenn ein neuer **Rohstofffonds der Bundesregierung** auch Urban Mining-Projekte fördern könnte.

Grundsätzlich unterstützt der RNE die Idee einer **Multi-Stakeholder-Plattform zur Umsetzung der NKWS** und einer **Roadmap 2030 zur Konkretisierung der Maßnahmen**. Aber in der NKWS sind schon **viele wichtige und konkrete Maßnahmen benannt, die jetzt unmittelbar (und nicht erst nach Einsetzung der Plattform) von der Bundesregierung, aber auch der Wirtschaft in Angriff genommen werden sollten: in Deutschland** (Gesetzesanpassungen, Verordnungen, Standards, Integration in Förderprogramme), **aber gerade auch auf EU-Ebene, da jetzt das Arbeitsprogramm der EU bis 2029 formuliert wird.**

Noch konkretisierungsbedürftige Maßnahmen können in der Plattform vertieft diskutiert werden mit dem Ziel eines breiten Konsenses (z.B. Beurteilung des chemischen Recyclings, konkrete Schadstoffgrenzwerte).

Kohärenz zu den Zielen und dem Monitoring-Mechanismus der Nachhaltigkeitsstrategie wichtig (z.B. Anpassung des Indikators Gesamtrohstoffproduktivität, aber auch Übernahme von Indikatoren der NKWS in die Nachhaltigkeitsstrategie, insbes. das 8-Tonnen-Ziel).

In den weiteren **horizontalen Kapiteln** der NKWS (z.B. zu einem nachhaltigen Produktdesign, zu ökonomischen Instrumenten und Finanzierungsfragen) und zu **wichtigen Stoffgruppen**

weist der Strategieentwurf jeweils eine gut nachvollziehbare Struktur auf mit **Status Quo- und Potenzial-Analysen, laufenden Vorhaben auf deutscher und EU-Ebene, Zielen + Indikatoren sowie Maßnahmenvorschlägen**. Der Strategieentwurf enthält viele konkrete Vorschläge für die Politik (v.a. auf Bundes- und EU-Ebene), aber auch für die Wirtschaft und Wissenschaft.

Der NKWS-Entwurf prognostiziert in der Summe **Arbeitsplatzgewinne** (s. u.a. S. ii). Die WWF-Studie „Modell Deutschland Circular Economy“, die u.a. vom Öko-Institut erarbeitet worden ist, an dem aber auch der RNE-Generalsekretär im Beirat aktiv mitgearbeitet hat, geht eher von Arbeitsplatzverlusten durch die Transformation und den Übergang zum zirkulären Wirtschaften aus (auch durch verstärkten Akzent auf Suffizienzansätze). Angesichts eines prognostizierten Rückgangs der Arbeitskräftebasis in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten wäre ein größerer Arbeitskräftebedarf für das Zirkuläre Wirtschaften in Deutschland eher schwieriger zu befriedigen.

Die bisher nur **eingeschränkte Wiederverwertbarkeit von Verbundwerkstoffen** wurde in der NKWS nur hinsichtlich der Faserverbundwerkstoffe bei Windkraftanlagen thematisiert. Das Thema spielt aber auch in anderen Bereichen eine Rolle (z.B. im Automobilbau, in der Zukunft evtl. verstärkt auch im Bau (Carbonbeton)). Hierüber sollte in Zukunft verstärkt nachgedacht werden.

Finanzierungsfragen sind noch offen (s. NKWS-E S. 1).

Fazit:

Der NKWS-Entwurf greift fast alle Anregungen aus den Empfehlungen des RNE von 2021/2023 auf, enthält in vielen Bereichen sehr konkrete Vorschläge (für die Bundespolitik, die EU, aber auch die Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft) und sollte daher zeitnah vom Bundeskabinett verabschiedet und, wo notwendig, in gesetzlichen Aktivitäten umgesetzt werden.